

1. September – Antikriegstag

Gegen Militarisierung, Wehrpflicht und Kriege – für Frieden und Sicherheit

Am 1. September erinnern wir an den Überfall der deutschen Wehrmacht auf Polen 1939 und damit an den Beginn des 2. Weltkrieges in Europa.

Auch in Bremen hat der 2. Weltkrieg unendlich viel Tod und Zerstörung verursacht.

Zum Antikriegstag gehen wir auf die Straße, damit das nie wieder passiert.

1. September 2026 um 16.30 Uhr
Kundgebung auf dem Bremer Marktplatz

Hauptrednerin: Ulrike Eifler

Bremen liefert – als eine der größten deutschen Waffenschmieden – Material für aktuelle und künftige Kriege. Damit ist und wäre Bremen ein vorrangiges Ziel in militärischen Auseinandersetzungen.

Danach würde Bremen so aussehen wie Gaza heute.



Wir wollen Frieden und diplomatische Lösungen entsprechend dem Völkerrecht!

**Wir wollen Abrüstung, Abkommen zur internationalen Rüstungskontrolle,
den Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag
und eine gemeinsame Sicherheitsordnung in Europa unter Einbeziehung Russlands.**

⇒ **Hochrüstung und Sozialabbau: zwei Seiten einer Medaille**

Die Ausgaben für Hochrüstung und Militär wurden in Deutschland in den vergangenen fünf Jahren verdoppelt und sollen weiter steigen. Wir bezahlen das durch höhere Steuern und Sozialabbau. Es fehlen Milliarden bei Krankenhäusern, Pflege, Schulen, Hochschulen und Kitas, Jugend und Kultur, Umweltschutz und Verkehr. In Bremen sind die Auswirkungen der Kürzungen überall sichtbar und spürbar – Bremen hat die größte Kinderarmut in Deutschland und gleichzeitig überdurchschnittlich viele Rüstungsbetriebe.

Das zeigt: Aufrüstung und Kriegsvorbereitung machen arm und nutzen nur denen, die an Waffenherstellung und -einsatz verdienen, z. B. Rheinmetall.

⇒ **Atomkriegsgefahr wächst**

Deutschland wird „kriegstüchtig“ gemacht und strebt danach, eine Führungsmacht zu werden. Die Wiedereinführung der Wehrpflicht ist geplant. Gesundheitswesen und Infrastruktur werden auf Kriegsfälle ausgerichtet, während Meinungsfreiheit und demokratische Rechte zunehmend beschnitten werden. Die Bundeswehr wird zur größten Armee Europas hochgerüstet.

Deutschland plant, umfangreiche Erstschlagwaffen aus den USA zu stationieren. Diese würden Deutschland im Kriegsfall zu einem bevorzugten Angriffsziel machen. Es wäre zwar nicht der erste deutsche Krieg, wohl aber der letzte. Als Begründung für die Aufrüstung wird eine Bedrohung „der westlichen Werte“ angeführt. Doch selbst US-Geheimdienste gehen davon aus, dass zum Beispiel Russland weder die Absicht noch die Fähigkeiten hat, NATO-Staaten anzugreifen.

⇒ **Das Völkerrecht muss für alle gelten**

Die Bundesregierung wird nicht müde, Völkerrechtsverstöße Russlands anzuprangern, unterstützt jedoch politisch und militärisch die USA und Israel bei ihren völkerrechtswidrigen Kriegen. Auch durch die Genehmigung, US-Militärbasen wie Ramstein in Deutschland für Kriege zu nutzen, ist Deutschland beteiligt. Diese Doppelstandards untergraben das Völkerrecht.

Deutschland und die EU eskalieren und verlängern mit ihrer Militärhilfe an die Ukraine, an Israel und an andere Staaten Kriege und verstärken das Leiden der betroffenen Menschen. Wir fordern Deutschland und die EU auf, sich stattdessen um diplomatische Friedenslösungen zu bemühen.

Wir fordern, diejenigen zu unterstützen und zu schützen, die sich den Kriegen verweigern oder vor Krieg fliehen. Das Asylrecht muss erhalten bleiben! Bekämpft werden müssen die Ursachen von Kriegen und Flucht. Kriege und Hochrüstung zerstören unser aller Lebensgrundlagen.

Wir sagen NEIN zu deutscher Kriegsbeteiligung.

Grundgesetz und 2+4-Vertrag müssen eingehalten werden.

Wir sagen NEIN zu allen Kriegen, ob Ukraine, Palästina, Libanon, Iran oder sonstwo.

- Schluss mit Hochrüstung, Kriegswirtschaft und Sozialabbau!
- Keine Mittelstreckenraketen!
- Nein zur Wehrpflicht und zu anderen Zwangsdiensten!
- Stopp aller Waffenlieferungen.

Kontakt:

Bremer Bündnis 1. September
c/o info@bremerfriedensforum.de
+ 49 (0) 421 - 989 667 08